

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 1 (1960)
Heft: 17

Vorwort: Man muss bloss wissen wer verantwortlich ist
Autor: Sager, Peter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER KLARE BLICK

1. Jahrgang, Nummer 17

Wöchentlich, zweimonatliche Beilage

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut AG, Bern

Redaktion und Verwaltung: Dr. Peter Sager, Postfach 1178, Bern-Transit

Jahresabonnement Fr. 20.— Postcheckkonto III 24616, Telefon 2 77 69 Druckerei: Verbandsdruckerei AG Bern

KAMPFBLATT FÜR FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND EIN STARKES EUROPA

MAN MUSS BLOSS WISSEN WER VERANTWORTLICH IST

«Darf ein Christ Allianzen schliessen mit den Helfershelfern und Verbündeten jener, die die Machtübernahme des antichristlichen Regimes in den noch freien Ländern verkünden und vorbereiten? Darf man sich mit einer Art von Entspannung begnügen, wo doch die elementare Grundlage der Entspannung noch fehlt: Der Respekt vor dem Gewissen und der Glaubensüberzeugung des Mitmenschen?»

Diese Frage stellte anfangs dieses Jahres Kardinal Ottaviani.

Es ist dies eine Frage, die nicht nur jeden Christen angeht — gleichgültig welcher Konfession — sondern darüberhinaus jeden Menschen mit einer auf irgendwelchem Glauben fussenden freiheitlichen Weltanschauung.

Bei derselben Gelegenheit sagte Ottaviani noch: «Die Zeit Tamerlans ist wieder da. Mitten im 20. Jahrhundert hat man Völkermorde, Massendeportationen, Massenschlächtereien beweinen müssen... Aber nicht genug damit, man empfindet keinerlei Grauen, den modernen Dschingis-Khans die Hand zu reichen.

«Politiker und Männer in verantwortungsvollen Aemtern wissen, dass es in halb Europa keine Freiheit mehr gibt», fuhr er fort, aber, geteilt wie sie sind und von Furcht gleichsam abgestumpft, lassen sie sich das Gesetz des Handelns von andern vorschreiben...»

Darin scheint uns das Wesentliche zu liegen: Geteilt und abgestumpft findet man sich damit ab, dass eine dynamische, auf Zerstörung ausgerichtete Macht besteht und ihre durch kein anerkanntes Recht begründeten Ansprüche erhebt.

Die westlichen Staatsmänner aber, und das ist Stärke und Schwäche zugleich der Demokratie, sind geteilt und abgestumpft, weil ihre Völker geteilt und abgestumpft sind. Kein demokratischer Staatsmann kann mehr leisten, als ihm der Auftrag zu leisten erlaubt, den er von seinem Volke erhalten hat.

Lautet dieser Auftrag: Verschaffe uns Frieden und Wohlstand um jeden Preis, so muss er sich mit dem Angreifer an den Verhandlungstisch setzen. Lautet aber dieser Auftrag: Erhalte uns und der Welt die Freiheit um jeden Preis, so wird er dem Gegner (denn um einen Gegner handelt es sich) ganz anders entgegenzutreten können.

Wenn somit die Spitzen der westlichen Grossmächte den Sowjets Konzessionen machen, so ist es nicht nur die Schuld der verantwortlichen Staatsmänner. Es ist die Schuld aller Verantwortlichen (und wer ist in einer Demokratie nicht verantwortlich?). Es ist die Schuld eines jeden einzelnen, der aus Gewinnabsichten mit dem Gegner Handel treibt, eines jeden, der aus

intellektuell-tolerantem Interesse Kulturaustausch pflegt, eines jeden, der aus Interesselosigkeit sich von der Mitarbeit an seinem Staat fernhält.

Peter Sager.

Das afrikanische Jahr geht weiter

Der Rhythmus der neuen Unabhängigkeit Afrikas wird immer rascher. Während die Ministerpräsidenten der Commonwealth-Länder in London aus ihrer Abneigung gegen die von Südafrikas Außenminister Louw (in Vertretung Verwoerds) taktlos verteidigte Apartheid kein Hehl machten, setzte Kolonialsekretär Macleod weitere Daten der «Colonial Revolution» fest.

Auf das nächste Jahr vorgehend, schloss er eine zweiwöchige Konferenz über Sierra Leone, 75 000 Quadratkilometer, 2 000 000 Einwohner, mit der Festlegung des Datums der Unabhängigkeit: 27. April 1961.

Ebenfalls beschlossen: Unabhängigkeit für Britisch-Somaliland, 176 000 Quadratkilometer, 640 000 Einwohner, und — auf italienisch verwalteter Seite nicht unbestritten — Union mit der ehemaligen italienischen Kolonie, jetzt Uno-Mandat unter italienischer Aufsicht, Somalia, 462 000 Quadratkilometer, 1 300 000 Einwohner. Das Datum: 1. Juli 1960. Es ging hier darum, gleichzeitig mit der bereits festgelegten Unabhängigkeit des Uno-Mandats (KB, 3. Februar) zu handeln, und beide Teile in

den Genuss der wirtschaftlichen Vorzüge des Commonwealth treten zu lassen.

Ein schweres Problem steht der britischen Kolonialverwaltung mit der Revision der Verfassung in der Zentralafrikanischen Föderation bevor (KB, 17. Februar; 20. April; 4. Mai). Sie ist auf dieses Jahr angesetzt und wird weitgehend Klarheit schaffen, ob es gelingt, aus den weiten Gebieten nördlich der Südafrikanischen Union einen Staat zu formen.

Schon im Februar wurde beschlossen, in Kenia, 583 000 Quadratkilometer, 6 300 000 Einwohner, dem Legislativrat eine afrikanische Mehrheit zu geben. Im Oktober 1960 geschieht dasselbe in Tanganjika, 939 000 Quadratkilometer, 8 500 000 Einwohner.

In Südkamerun, einem kleinen Streifen zwischen Nigeria und dem ehemaligen Französisch-Kamerun, wird in einer Volksabstimmung 1961 über die Zukunft des Landes entschieden. In Uganda, 243 000 Quadratkilometer, 5 700 000 Einwohner, finden Wahlen mit stärkerer afrikanischer Vertretung in den Behörden ebenfalls 1961 statt.

Damit hat Afrika, wie es Europa seit bald hundert Jahren im Schulunterricht kennenlernte, zu bestehen aufgehört. Es entsteht ein neuer Kontinent freier Staaten, die sich ihren Weg selbst suchen werden.

Je schneller Westeuropa umlernt, je rascher geeignete Unterrichtsmittel in den Schulen das neue Bild vermitteln, desto besser. Die Erfahrung lehrt aber, dass diese Hoffnung kaum erfüllt werden wird.

Noch heute besteht an den schweizerischen Schulen (um das nächstliegende Beispiel zu nehmen) kein geeignetes Geschichtswerk zum Verständnis der neuen deutschen Lage; noch heute wird von Pfahlbauern doziert, trotzdem schon seit Jahren ihre Existenz wissenschaftlich als kaum glaubhaft aufgezeigt wurde. Im Falle Afrikas aber könnte eine solche Verspätung weitreichende Folgen haben.

Lächeln wird auf die Dauer langweilig



Die Frage nach der Rolle von Ueberredung und Zwang im sozialistischen Staate ist theoretisch und praktisch äusserst wichtig, weil sie die Führungsmethoden der Gemeinschaft durch den Staat beim Aufbau von Sozialismus und Kommunismus betrifft.

«Sowjetskoje Gosudarstwo i Pravo», Moskau, Nr. 2/1960.